



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Wahlkreisbüro:
Karlsruher Str. 88
76139 Karlsruhe

Telefon: 0721 2551 995
Telefax: 0711 2551 997
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Landtagsbüro:
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063 985
Telefax: 0711 2063 14 985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Karlsruhe, 21.11.2013

Pressemitteilung

Manfred Groh MdL: Priorisierung ohne zweite Rheinbrücke verstärkt ablehnende Haltung

Die nun vorliegende Priorisierung des Landes über Maßnahmen zum Bundesverkehrswegeplan 2015 (BVWP) untermauert nach Auffassung des CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Groh den Unwillen der Landesregierung zur Realisierung der zweiten Rheinbrücke. „Das Vorgehen der Landesregierung offenbart zweierlei: Zum einen betont sie, dass eine „leistungsfähige Rheinquerung“ eine hohe Bedeutung für sie hat. Gleichzeitig priorisiert sie aber weder die zweite Rheinbrücke noch die Ersatzbrücke. Zum anderen verweist sie ununterbrochen darauf, dass für den Bau von Straßen kein Geld zur Verfügung steht. Dessen ungeachtet hat sie aber eine Ersatzbrücke, als zusätzliche Option zur zweiten Rheinbrücke in den BVWP angemeldet. Mit diesem Schlingerkurs bekennen die Grünen auf Landesebene erneut Farbe. Die zweite Rheinbrücke soll einfach nicht kommen“, ist sich Groh sicher. Mit ihrem Vorgehen trägt Frau Staatssekretärin Dr. Splett die alleinige Verantwortung dafür, wenn der Wirtschaftsstandort Karlsruhe auf Dauer Schaden nimmt.

Aber auch der Karlsruher OB Dr. Mentrup muss sich fragen, ob sein Einknicken vor den Grünen in der Rheinbrückenfrage im Sinne des Wirtschaftsstandorts Karlsruhe ist und der Rolle Karlsruhes als Oberzentrum gerecht wird. „Das Einschwenken des OB's bezüglich einer „Ersatzbrücke“ offenbart das mangelnde Vertrauen in die planerischen Kompetenzen der Verkehrsplaner. Er sollte lieber zusammen mit der rheinland-pfälzischen Seite in den Dialog treten und mit dieser an einem Strang ziehen. Die Grünen sind ein schlechter und nicht zuletzt teurer Berater in Fragen der Verkehrspolitik“, so Manfred Groh. Er spielt damit auf die seit Jahrzehnten baurechtlich genehmigte Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord bis zur Haid-und-Neu-Straße an. Diese Trasse wird von Grün-Rot nicht einmal mehr in den BVWP angemeldet. Damit bleibt bei diesem skandalösen Verhalten für eine geplante Ortsumfahrung Hagsfeld nur der Weg einer kommunalen Lösung. Diese müsste die Stadt Karlsruhe aber aus der angespannten Stadtkasse alleine stemmen, da Zuschüsse des Landes nicht zur Diskussion stehen werden.